

# Züchter Volksbote

## Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der "Züchter Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementsspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telegraphen-Nr. 626.

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgefasste Beilage oder deren Name 20 Pf., Versammlungen, Arbeits- und Wohndienstleistungen 10 Pf., ausdrückliche Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Ausgabe müssen bis 9 Uhr vor mittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Mittwoch, den 17. Mai 1916.

23. Jahrg.

## Der Stand der Steuerfragen.

Zurzeit kann noch kein Mensch mit einiger Sicherheit sagen, wie etwa die Steuern sich gestalten werden, aus denen die Reichsregierung die Summen bekommen soll, die zur Ausgleichung des rechnungsmäßigen Fehlbetrages im Reichshaushalt für 1916 gebraucht werden. Es ist nicht einmal völlig ausgeschlossen, daß neue Steuern überhaupt nicht zu stande kommen.

Die Wahrscheinlichkeit ist zwar nicht hoch einzuschätzen, daß die unter der Hand verbreiteten Gerüchte vom Scheitern des ganzen Finanzplanes, von der Möglichkeit des Rücktritts des Schatzkanzlers Helfferich und anderen dunklen Andeutungen jütere Gestalt annehmen werden. Die Verbündeten Regierungen sowohl wie die Parteien des Reichstages werden sich nicht im unklaren sein über die Wirkung eines derartigen Ausgangs der Steueraktion nach innen und außen. Wenn aber solche Gerüchte in Umlauf gesetzt werden können, so zeigt das innerlich, wie unzicher die Aussichten dieses ersten durch den Krieg bedingten Versuchs der Beschaffung von Steuereinnahmen sind.

In der Stellung der Sozialdemokratie hat sich im bisherigen Verlauf der Steuerkämpfe nichts geändert. Die Schwierigkeiten, die dem Regierungsprogramm erwachsen, rücken nur die Zweckmäßigkeit, Einfachheit und gerechte Wirkung der sozialdemokratischen Vorschläge desto schärfer ins Licht. Die Sozialdemokratie will der Regierung von ihrer Fortdauer keinen Pfennig abschneiden. Im Gegenteil. Aus den Quellen, die wir geschlossen wissen wollen, könnten reichere Mittel gewonnen werden, als Herr Helfferich vorläufig beansprucht. Wir branchen uns unserer Bereitwilligkeit, ergiebigere Einnahmeketten zu öffnen, als die Regierung im Augenblick für nötig hält, auch nicht zu schämen. Um den Beitrag, den wir schon jetzt durch Steuern aufzubringen, vermindert wird die Schuldenlast, die später zu tragen und zu verzinsen sein wird. Je mehr die Regierung und die bürgerlichen Parteien versuchen, die Kriegszinsen los von den Minderbemittlungen aufzubürden, desto energetischer werden wir aber eine Abbildung der Kriegsschuld fordern und die Wege zeigen müssen, auf denen sie möglich ist. Wir haben keinerlei Interesse daran, den Gläubigern des Reiches auf möglichst lange Zeit reiche Zinsen aus den Steuermitteln der Gesamtheit zu reichen.

Selbstverständlich müssen unsere Steuervorschläge volkswirtschaftlich vernünftig sein und auf eine gerechte Verteilung der Lasten abzielen. Diesen Erfordernissen trug das Steuerprogramm unserer Fraktion Rechnung. Wir wollten die Kriegsgewinnsteuer so gestalten, daß sie mehr als das Doppelte des nach der Regierungsvorlage zu erwartenden Betrages ergeben würde. Wir wollten den Wehrbeitrag erneut erhoben wissen, der ohne jede Schädigung des Wirtschaftslebens eine Viertelmilliarden bringen würde. Wir wollten schließlich die Erbschaftssteuer in einer Weise ausbauen, daß sie annähernd die Ergiebigkeit der englischen Erbschaftssteuerung erreichen und damit weit mehr liefern würde, als die Regierung aus den von ihr vorgeschlagenen Tabak- und Verkehrssteuern erhofft.

Den Erbschaftssteuervorschlag haben Regierung und bürgerliche Parteien nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen zugewichen abgelehnt. Nicht eine hart empfundene Belastung von Eliten, die durch den Krieg gewuchert sind, nicht eine Besteuerung des Lebensunterhalts der breiten Massen, nicht ein Eindringen in die Sphäre der Einzelstraten bedeutet eine gut entwickelte Erbschaftssteuer. Kein Wort konnte in dieser Richtung gegen den Vorschlag gesagt werden. Er sei „unzeitgemäß“, man wolle jetzt den alten Streit nicht wieder entfesseln — das war die ganze Begründung für die Ablehnung! Das auch mit den Verbrauchs- und Verkehrssteuervorlagen ein alter Streit wieder entfesselt wurde, daß diese Steuern in der Zeit einer niegekannten Lebensmittelsteuerung doppelt unzeitgemäß sind, das sieht die Gegner der Erbschaftssteuer nicht an.

Der Wehrbeitrag ist vom Ausschuß in erster Lesung mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Mit Hochdruck arbeitet aber das Großkapital um diesen Beschluß in der zweiten Lesung umzustößen. Die Handelskammern, vorweg die von Berlin, bieten ihren ganzen Einfluß in dieser Richtung auf, und sowohl der Reichsmarktfaktor als die einzelstaatlichen Finanzminister mettern mit ihnen. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wurde schweres Zahlgemach ausgefahren, um nachzuweisen, daß ein Einkommen von einer halben Milliarde den Wehrbeitragsatz von 2 Prozent (der Höchstsatz des Wehrbeitragsatzes für eine Drittelpfennig) unmöglich mehr tragen könne, und jetzt wird in einer offiziellen Korrespondenz noch einmal der „entschiedene Widerstand“ der bürgerlichen Regierungen angekündigt für den Fall, daß der Reichstag am Wehrbeitrag festhält. Die Wirkung dieser Drohnoten bleibt nicht aus. Die Nationalliberalen geben langsam zu erkennen, daß sie von der Zustimmung in der ersten zur Ablehnung in der zweiten Lesung gelangen wer-

den, und der eine Flügel der neuen Deutschen Fraktion, der zunächst zugestimmt hatte, scheint ihrem Beispiel folgen zu wollen. Damit würde der lästige Wehrbeitrag wieder weggeräumt sein, wenn diese neue Sachlage nicht eine neue Schwierigkeit gebären müßte. Die Fortschrittsler haben ein etwas besseres Gefühl für die politische Situation als die übrigen bürgerlichen Parteien. Sie ahnen, wie unheilvoll es im Volke wirken müßte, wenn eine halbe Milliarde aus Tabak und Verkehr herausgeholt würde, ohne gleichzeitig auch den Besitz, der von der Kriegsgewinnsteuer nicht getroffen wird, zu belasten. Stellt doch die erwähnte offizielle Korrespondenz in anderem Zusammenhang selbst fest, daß der Aufwand für Ernährung und unentbehrliche Bedarfsgegenstände bei Aufrechterhaltung der früheren Lebensgewohnheiten um mindestens 75 Prozent gestiegen sei. Wollte man denken, die nicht müssen, woher sie diese 75 Prozent nehmen sollen, um den qualenden Hunger zu stillen und die Blöden zu bedecken, den Verbrauch noch weiter durch Verkehrssteuern verteuren, den Besitz aber schonen, so könnte die helle Empörung nicht ausbleiben. Darum lautet die Erklärung der Fortschrittsler: „ohne Wehrbeitrag keine Verkehrs- und keine Tabaksteuer!“

Gegen Sozialdemokratie und Fortschrittsler, zu denen sich möglicherweise noch Aufenseiter anderer Fraktionen gesellen, die Verbrauchs- und Verkehrssteuern zu genehmigen, erscheint auch dem Zentrum gewagt. Das Bemühen der Zentrumsführer ist daher darauf gerichtet, eine Verständigung aller bürgerlichen Parteien zu bringen, die es ausdrückt, daß sich diese Parteien vor dem Volke gegenseitig anklagen. Bis jetzt scheint es so, als ob sich die Fortschrittsler ohne Zustimmung des Zentrums zum Wehrbeitrag darauf nicht einzulassen wollen. Es ist aber nicht unmöglich, daß die Fortschrittsler noch mit sich handeln lassen und den Wehrbeitrag noch einmal halbiert durch Wegstreichung der Steuer auf das Einkommen von mehr als 5000 Mark pro Jahr. In diesem Falle würde der Wehrbeitrag zu einer mäßigen, auf ein Jahr beschränkten Reichsvermögenssteuer zusammenzuschrumpfen und nur noch eine recht dürftige Dekoration der Massenbelastung darstellen. Solange irgend eine Verständigung über den Wehrbeitrag nicht erzielt ist, schwanken die Vorlagen zur Belastung des Tabaks und des Verkehrs in der Luft.

Auch die Kriegsgewinnsteuer (sieht „Kriegssteuer“) ist noch Gefahren ausgesetzt. Die erste Lesung im

Ausschuß hat eine Verschärfung derselben gebracht. Die Steuersätze für den Vermögenszuwachs sind zwar noch somäßig, daß sogar der Zentrumsabgeordnete Müller (Fulda) dieser Tage die Bemerkung nicht unterdrücken konnte: 5, 6 oder 8 Prozent, das seien doch keine Sache für eine Kriegsgewinnsteuer. Unverständlich bleibt dabei freilich, wie das Zentrum den sozialdemokratischen Antrag auf frößigere Erhöhung der Sätze ablehnen konnte. Über der Ausschuß hat daneben beschlossen, auch die im Krieg erzielten Einkommenszuwächse umsehen zu erlassen. Obwohl erst auf diesem Wege eine sichere Erfassung der Kriegsgewinne, die im anderen Falle verschwendet und versteckt werden können, ermöglicht wird, wehrt sich die Regierung gegen diese Erweiterung der Vorlage fast noch heftiger als gegen den Wehrbeitrag. Es sollte hier, sagt sie, auf einem Umweg eine Reichsvermögenssteuer geschaffen werden. Diesem Verzug können die Bundesregierungen grundsätzlich nicht zustimmen. Dazu kommt noch die Besteuerung des Lebensaufwandes um 75 Prozent. Da dieser Beschluß auf Antragen des Zentrums und der Nationalliberalen beruht, könnte der Vertrag, als ob er zur Einschmuggelung einer Reichsvermögenssteuer dienen sollte, fiktiv aussehen. Was aber die Besteuerung des Lebensaufwandes betrifft, so gipfelt die Erfassung der Regierungen offenbar darin, daß die großen Massen, die mit einem gleichgebliebenen oder gejunkenen Einkommen die Aufwandsteigerung um 75 Prozent auszugleichen verluden müßten, die Mittelschichten leichter tragen könnten, als die glücklichen Bezieher gesteigerter Kriegseinkommen, die nicht leisten in Saus und Braus leben. Es wird der Regierung nicht ganz leicht fallen, diese Auffassung dem Volke verständlich zu machen. Und noch schwerer würde es ihr fallen, die Kriegsgewinnsteuer etwa fallen zu lassen, wenn der Reichstag bei seinem Beschuß bleibt.

Das eine mögen die zur Entscheidung berufenen Parteien in den nächsten Wochen nicht vergessen: Die Steuerfrage ist an sich schon bei den heutigen Kriegerbedingungen der großen Mehrheit unseres Volkes eine wirtschaftliche Frage von größter Tragweite. Aber sie hat darüber hinaus eine ungeheure politische Bedeutung. Die Zukunftsentwicklung der deutschen Politik kann weitgehend durch sie beeinflußt werden.

R. Reit.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Eine lebhafte Tätigkeit herrscht zurzeit wieder an der italienischen Front. Die ehemaligen Geschütze lassen auf dem ganzen Kampfplatz ihre unheimlichen Tod und Verderben ankündigenden Töne vernehmen. Man kann daraus schlussfolgern, daß sie die Divertüre zu einem vielleicht furchtbaren Ringen — hoffentlich dem letzten — darstellt. Während es sich bei den bisherigen Kämpfen in der Hauptfläche um Abwehr gegnerischer Angriffe handelte, gingen die österreichisch-ungarischen Truppen in Südtirol zum Sturm über und nahmen die ersten feindlichen Stellungen auf dem Armenterrain-Rücken, hierbei über 2500 Mann und eine Reihe Geschütze erobert.

In einer österreichisch-ungarischen Note an die neutralen Staaten wird Zeugnis dafür abgelegt, daß die Seefriedfahrt Italiens alles andere als human und den „Geboten der Menschlichkeit entsprechend“ — um mit Wilson zu reden — ist. An der Hand einer Reihe von Beispielen wird nachgewiesen, daß hier verschiedentlich tüchtige Angriffe gegen feindliche Schiffe erfolgten. Vielleicht benutzt Wilson nun die Gelegenheit und verlangt von den Mächten der Entente ebenfalls die Einstellung einer solchen, unter allen Umständen verwerflichen Kompromisszone.

Eine Mahnung zur Vernunft enthalten die radikal englischen Wochenblätter „New Statesman“ und „Action“, sie meinen in Besprechung der irlandischen Frage, England habe jetzt eine nie wiederholbare Gelegenheit, sich die Freizeit Irlands an sich zu nehmen, und zwar dadurch, daß es mit den Rebellen gnädig verfährt. Wenn Carson und Redmond jetzt zusammen arbeiten, könnten sie ein einiges Land schaffen, das trotz seiner Selbstregierung fester zu England stehen würde als bisher; vor allem müsse die Schreckenherrschaft des Generals Maxwell aufhören. Auch der Befreiungskampf in einem an Premierminister Asquith und an Lord Wimborne gerichteten Telegramm, das von dem Polizeichef, dem Bürgermeister von Cork und dem Vorstand der irischen Liga unterzeichnet wurde, vor weiteren Todesurteilen und Verhaftungen, da dadurch die freundlichsten Beziehungen des irischen Volkes zu dem englischen dauernd gefährdet werden dürften.

Ob man auf diese vernünftigen Stimmen hören wird?

Die Petersburger Zeitungen haben eine Mitteilung

aus dem Kreisbüro des Ministeriums des Auswärtigen veröffentlicht, in welcher es heißt: Die Handelsverträge Rumäniens mit den Mittelmächten überschreiten, indem sie jenen einen Markt zur Beschaffung von wendigem Naturzeugnissen eröffnen, öffentlichlich den Kaufmann rein kommerzieller Abschaffungen; vielmehr hat das Abkommen Rumäniens mit Deutschland und Österreich-Ungarn nach Auffassung unserer leitenden Kreise größere politische Bedeutung, obwohl die rumänische Regierung den Verbundsmächten zu verschwiegen bleibt, daß der Abschluß dieses Abkommens nicht als Zeichen für eine Aenderung der politischen Richtung der rumänischen Regierung angesehen werden darf. Daher haben die Verbundsmächte Schritte für nötig gehalten, um die Umstände, welche zum Abschluß des rumänischen Handelsabkommens zuerst mit Deutschland und dann auch mit Österreich-Ungarn geführt haben, genau zu erfahren.

Weiter Art diese Schritte sind, darüber verlautet nichts.

\*  
Die Kriegslage.

Wien, 16. Mai. (Umfäll.)  
Russischer und Südostlicher Kriegsschauplatz  
Richts Neues.

Italienerischer Kriegsschauplatz.  
Die Artilleriekämpfe dehnen sich gestern auf die ganze Front aus und peinigen sich vielfach zu großer Heftigkeit. Im Nachhause der Hochfläche von Dobrova drang das bewährte Czernowitz-Regiment in die feindlichen Gräben östlich von Moncalvo ein, nahm 5 Offiziere und 150 Mann verjüngter italienischer Infanterie-Regimenter gefangen und eroberte ein Maljolino genannt. Unser vorgelegten gemachten Stellung westlich von San Martino wurde trotz aller Befestigungen des Gegners, neuerwerbten, behauptet und bestetigt. Hier fielen 3 Offiziere, 16 Mann, 1. Majolengewehr und viel sonstiges Kriegsmaterial in die Hände unserer Truppen.

Heute früh waren leidliche Flieger auf Kostenjewice und an mehrere deutschnahmene Sanitätsanstalten Bomber ohne Schaden anzureihen.

Im böhmischen Brüderkloster bei Maria und im Tolmeier Abhängen hielt unsere Artillerie die Positionen des Gegners unter Feuer. Verschiedene Infanterie-Unternehmungen an dieser Stelle brachte einige Offiziere und 15 Mann als Verluste ein.



# Eüberer Volksbote

## Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Eüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefonnummer Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgefasste Beilage oder deren Raum 20 Pf., Versammlungen, Arbeits- und Wohnungsangebote 10 Pf., ausköstige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere Fäller, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Mittwoch, den 17. Mai 1916.

23. Jahrg.

## Der Stand der Steuerfragen.

Zurzeit kann noch kein Mensch mit einiger Sicherheit sagen, wie etwa die Steuern sich gestalten werden, aus denen die Reichsregierung die Summen bekommen soll, die zur Ausgleichung des rechnungsmäßigen Fehlbetrages im Reichshaushalt für 1916 gebraucht werden. Es ist nicht einmal völlig ausgeschlossen, daß neue Steuern überhaupt nicht zu zustande kommen.

Die Wahrscheinlichkeit ist zwar nicht hoch einzuschätzen, daß die unter der Hand verbreiteten Gerüchte vom Scheitern des ganzen Finanzplanes, von der Möglichkeit des Rücktritts des Schatzsekretärs Helfferich und anderen dunklen Andeutungen festere Gestalt annehmen werden. Die Verbündeten Regierungen sowohl wie die Parteien des Reichstages werden sich nicht im unklaren sein über die Wirkung eines derartigen Ausgangs der Steueraktion nach innen und außen. Wenn aber solche Gerüchte in Umlauf gebracht werden können, so zeigt das immerhin, wie unsicher die Aussichten dieses ersten durch den Krieg bedingten Versuchs der Beschaffung von Steuereinnahmen sind.

In der Stellung der Sozialdemokratie hat sich im bisherigen Verlauf der Steuerkämpfe nichts geändert. Die Schwierigkeiten, die dem Regierungsprogramm erwachsen, rücken nur die Zweckmäßigkeit, Einfachheit und gerechte Wirkung der sozialdemokratischen Vorschläge desto schärfer ins Licht. Die Sozialdemokratie will der Regierung von ihrer Forderung keinen Pfennig abschneiden. Im Gegenteil. Aus den Quellen, die wir erschlossen wissen wollen, könnten reichere Mittel gewonnen werden, als Herr Helfferich vorläufig beansprucht. Wir brauchen uns unserer Bereitwilligkeit, ergebnisreiche Einnahmeketten zu öffnen, als die Regierung im Augenblick für nötig hält, auch nicht zu schämen. Um den Betrag, den wir schon jetzt durch Steuern aufzubringen, vermindert wir die Schuldenlast, die später zu tragen und zu verzinsen sein wird. Je mehr die Regierung und die bürgerlichen Parteien versuchen, die Kriegszinsenlast den Minderbemittelten aufzubürden, desto energischer werden wir über eine Abduldung der Kriegsschulden fordern und die Wege zeigen müssen, auf denen sie möglich ist. Wir haben keinerlei Interesse daran, den Gläubigern des Reiches auf möglichst lange Zeit reiche Zinsen aus den Steuermitteln der Gesamtheit zu reichen.

Selbstverständlich müssen unsere Steuervorschläge volkswirtschaftlich vernünftig sein und auf eine gerechte Verteilung der Lasten abzielen. Diesen Erfordernissen trug das Steuープrogramm unserer Fraktion Rechnung. Wir wollten die Kriegsgewinnsteuer so gestalten, daß sie mehr als das Doppelte des nach der Regierungsvorlage zu erwartenden Betrages ergeben würde. Wir wollten den Wehrbeitrag erneut erhoben wissen, der ohne jede Schädigung des Wirtschaftslebens eine Viertelmilliarden bringen würde. Wir wollten schließlich die Erbschaftssteuer in einer Weise ausbauen, daß sie annähernd die Ergiebigkeit der englischen Erbschaftsbesteuerung erreichen und damit weit mehr liefern würde, als die Regierung aus den von ihr vorgeschlagenen Tabak- und Verkehrssteuern erhofft.

Den Erbschaftssteuervorschlag haben Regierung und bürgerliche Parteien nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen kurzweg abgelehnt. Nicht eine hart empfundene Belastung von Existenz, die durch den Krieg geschwächt sind, nicht eine Besteuerung des Lebensunterhalts der breiten Massen, nicht ein Eindringen in die Sphäre der Einzelstaaten bedeutet eine gut entwickelte Erbschaftssteuer. Kein Wort konnte in dieser Richtung gegen den Vorschlag gesagt werden. Er sei „unzertigemäß“; man wolle jetzt den alten Streit nicht wieder entfesseln — das war die ganze Begründung für die Ablehnung! Das auch mit den Verbrauchs- und Verkehrssteuern vorlagen ein alter Streit wieder entfesselt wurde, daß diese Steuern in der Zeit einer megefannten Lebensmittelsteuerung doppelt unzertigemäß sind, das sieht die Gegner der Erbschaftssteuer nicht an.

Der Wehrbeitrag ist vom Ausschluß in erster Lesung mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Mit Hochdruck arbeitet aber das Großkapital um diesen Beschluß in der zweiten Lesung umzustößen. Die Handelskammern, vorweg die von Berlin, bieten ihren ganzen Einfluß in dieser Richtung aus, und sowohl der Reichsminister wie auch der einzelaufende Finanzminister weiterfieren mit ihnen. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde schweres Zahlengeschütz ausgefahren, um nachzuweisen, daß ein Einkommen von einer halben Milliarde den Wehrbeitragsatz von 2 Prozent (der Höchstsatz des Wehrbeitragsatzes für eine Drittelseite!) unmöglich mehr tragen könne, und jetzt wird in einer offiziösen Korrespondenz noch einmal der „entchiedene Willstand“ der bundesstaatlichen Regierungen angekündigt für den Fall, daß der Reichstag am Wehrbeitrag festhält. Die Wirkung dieser Drohnoten bleibt nicht aus. Die Nationalliberalen geben langsam zu erkennen, daß sie von der Zustimmung in der ersten zur Ablehnung in der zweiten Lesung gelangen wer-

den, und der eine Flügel der neuen Deutschen Fraktion, der zunächst zugestimmt hatte, scheint ihrem Beispiel folgen zu wollen.

Damit würde der lastige Wehrbeitrag wieder weggeräumt sein, wenn diese neue Sache nicht eine neue Schwierigkeit gebären müßte. Die Fortschrittsler haben ein etwas besseres Gefühl für die politische Situation als die übrigen bürgerlichen Parteien. Sie ahnen, wie unheilvoll es im Volke wirken müßte, wenn eine halbe Milliarde aus Tabak und Verkehr herausgeholt würde, ohne gleichzeitig auch den Besitz, der von der Kriegsgewinnsteuer nicht getroffen wird, zu belasten. Stellt doch die erwähnte offizielle Korrespondenz in anderem Zusammenhang selbst fest, daß der Aufwand für Ernährung und unentbehrliche Bedarfsgegenstände bei Aufrechterhaltung der früheren Lebensgewohnheiten um mindestens 75 Prozent gestiegen sei. Wollte man denken, die nicht wissen, woher sie diese 75 Prozent nehmen sollen, um den quälenden Hunger zu stillen und die Blößen zu bedecken, den Verbrauch noch weiter durch Verkehrssteuern zu verteuern, den Besitz aber schonen, so könnte die helle Empörung nicht ausbleiben. Darum lautet die Erklärung der Fortschrittsler: ohne Wehrbeitrag keine Verkehrs- und keine Tabaksteuer!

Gegen Sozialdemokratie und Fortschrittsler, zu denen sich möglicherweise noch andere Parteien gesellen, die Verbrauchs- und Verkehrssteuern zu getreihmen, erscheint auch dem Zentrum gewagt. Das Bemühen der Zentrumsführer ist daher darauf gerichtet, eine Verständigung aller bürgerlichen Parteien zustande zu bringen, die es ausschließt, daß sich diese Parteien vor dem Volke gegenseitig anklagen. Bis jetzt scheint es so, als ob sich die Fortschrittsler ohne Zustimmung des Zentrums zum Wehrbeitrag daran nicht einzulassen wüssten. Es ist aber nicht unmöglich, daß die Fortschrittsler noch mit sich handeln lassen und den Wehrbeitrag noch einmal halbdieren durch Wegstreichung der Steuer aus dem Einkommen von mehr als 5000 Mark pro Jahr. In diesem Falle würde der Wehrbeitrag zu einer möglichen, auf ein Jahr bestehenden Reichsermögenssteuer zusammenzuschrumpfen und nur noch eine recht dürtige Dekoration der Massenbelastung darstellen. Solange irgend eine Verständigung über den Wehrbeitrag nicht erzielt ist, schwanken die Vorlagen zur Belastung des Tabaks und des Verkehrs in der Luft.

Auch die Kriegsgewinnsteuer (jetzt „Kriegssteuer“) ist noch Geächtet ausgetestet. Die erste Lesung im

Ausschluß hat eine Verschärfung derselben gebracht. Die Steuervsätze für den Vermögenszuwachs sind zwar noch so mäßig, daß sogar der Zentrumsabgeordnete Müller (Gulda) dieser Tage die Bemerkung nicht unterdrücken konnte: 5, 6 oder 8 Prozent, das seien doch keine Sätze für eine Kriegsgewinnsteuer. Unverständlich bleibt dabei freilich, wie das Zentrum den sozialdemokratischen Antrag auf fröhligere Erhöhung der Sätze ablehnen konnte. Aber der Ausschluß hat daneben beschlossen, auch die im Krieg erzielten Einkommenssteigerungen, die sich nicht in Vermögenszuwachs umsehen, zu erlassen. Obwohl erst aus diesem Wege eine sichere Erfassung der Kriegsgewinne, die im anderen Falle verschwendet und versteckt werden können, ermöglicht wird, wehrt sich die Regierung gegen diese Erweiterung der Vorlage fast noch heftiger als gegen den Wehrbeitrag. Es sollte hier, sagt sie, auf einem Umweg eine Reichseinkommensteuer geschaffen werden. Diesem Verzug konnten die Bundesregierungen grundsätzlich nicht zustimmen. Dazu kommt noch die Besteuerung des Lebensaufwandes um 75 Prozent. Da dieser Beschluß auf Anträgen des Zentrums und der Nationalliberalen beruht, könnte der Verdacht, als ob er zur Einschaltung einer Reichsermögenssteuer dienen sollte, gültig ausscheiden. Was aber die Besteuerung des Lebensaufwandes betrifft, so gipfelt die Aufzählung der Regierungen offenbar darin, daß die großen Massen, die mit einem gleichliegenden oder geringeren Einkommen die Aufwandsteigerung um 75 Prozent auszugleichen versuchen müßten, die Milliardenlast leichter tragen könne, als die glücklichen Bezieher gesiegelter Kriegseinkommen, die nicht leisten in Saus und Braus leben. Es wird der Regierung nicht ganz leicht fallen, diese Aufzählung dem Volke verständlich zu machen. Und noch schwerer würde es ihr fallen, die Kriegsgewinnsteuer etwa fallen zu lassen, wenn der Reichstag bei seinem Beschluß bleibend sollte.

Das eine mögen die zur Entscheidung berufenen Parteien in den nächsten Wochen nicht vergessen: Die Steuervorschläge ist an sich schon bei den heutigen Existenzbedingungen der großen Mehrheit unseres Volkes eine wirtschaftliche Frage von größter Tragweite. Über sie hat darüber hinaus eine ungeheure politische Bedeutung. Die Zukunftsentwicklung der deutschen Politik kann weitgehend durch sie beeinflußt werden.

R. Keil.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Eine lebhafte Tätigkeit herrscht zurzeit wieder an der italienischen Front. Die ehemaligen Geschütze lassen auf dem ganzen Kampfplatz ihre unheimlichen, Tod und Verderben verkündenden Töne vernehmen. Man kann daraus schlüpfieren, daß sie die Ouvertüre zu einem vielleicht furchtbaren Krieg — höchstlich dem letzten — darstellen. Während es sich bei den bisherigen Kämpfen in der Hauptache um Abwehr gegenwärtiger Angriffe handelte, gingen die österreichisch-ungarischen Truppen in Südtirol zum Sturm über und nahmen die ersten feindlichen Stellungen auf dem Armenterrain-Rücken, hierbei über 2500 Mann und eine Reihe Geschütze erbeutend.

In einer österreichisch-ungarischen Note an die neutralen Staaten wird Zeugnis dafür abgelegt, daß die Seefriedfahrt Italiens alles andere als human und den „Geboten der Menschlichkeit entsprechend“ — um mit Wilson zu reden — ist. An der Hand einer Reihe von Beispielen wird noch gewiesen, daß hier verschiedentlich tödliche Angriffe gegen friedliche Schiffe erfolgten. Vielleicht benutzt Wilson nun die Gelegenheit und verlangt von den Mächten der Entente ebenfalls die Einstellung einer solchen, unter allen Umständen verwerflichen Kompromissweise.

Eine Mahnung zur Vorsicht enthalten die radikal englischen Wochenblätter „New Statesman“ und „Nation“; sie meinen in Beprechung der irischen Frage, England habe jetzt eine nie wiederkehrende Gelegenheit, sich die Irlande Irlands zu sichern, und zwar dadurch, daß es mit den Rebellen gnädig verfährt. Wenn Carson und Redmond jetzt zusammen arbeiten, könnten sie ein einiges Land schaffen, das trotz seiner Selbstregierung weiter zu England stehen würde als bisher; vor allem müsse die Schreckensherrschaft des Generals Maxwell aufhören. Auch der Bischof von Cork warnte in einem an Premierminister Asquith und an Lord Birkenhead gerichteten Telegramm, das von dem Polizeichef, dem Bürgermeister von Cork und dem Vorstand der irischen Liga unterzeichnet wurde, vor weiteren Todesurteilen und Verhaftungen, da dadurch die freundshaflichen Beziehungen des irischen Volkes zu dem englischen dauernd getroffen werden würden.

Ob man auf diese vernünftigen Stimmen hören wird? Alle Petersburger Zeitungen haben eine Mitterteilung

aus dem Kriegsbureau des Ministeriums des Auswärtigen veröffentlicht, in welcher es heißt: Die Handelsverträge Rumäniens mit den Verbündeten überstreichen, indem sie jenen einen Markt zur Bejahrung notwendigster Naturerzeugnisse eröffnen, offensichtlich den Rahmen rein kommerzieller Abmachungen. Vielmehr hat das Abkommen Rumäniens mit Deutschland und Österreich-Ungarn nach Auffassung unserer leitenden Kreise größere politische Bedeutung, obwohl die rumänische Regierung den Verbundmächten zu verhüten sich bemüht, daß der Abschluß dieses Abkommens nicht als Zeichen für eine Änderung der politischen Richtung der rumänischen Regierung angesehen werden darf. Daher haben die Verbundmächte Schritte für nötig gehalten, um die Umstände, welche zum Abschluß des rumänischen Handelsabkommens zuerst mit Deutschland und dann auch mit Österreich-Ungarn geführt haben, genau zu erfahren.

Weiter Art diese Schritte sind, darüber verlautet nichts.

\*  
Die Kriegslage.

Wien, 16. Mai. (Amtlich)  
Russischer und Südostlicher Kriegsschauplatz.  
Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe dehnen sich gestrichen zu großer Heftigkeit. Im Abschnitt der Hochfläche von Dobrodo drang das bewährte Egerer Landsturm-Regiment in die feindlichen Gräben östlich von Moncalone ein, nahm 5 Offiziere und 150 Mann verschiedener italienischer Kavallerie-Regimenter gefangen und erbeutete ein Geschütz. Unsere vorgelegten gewonneine Stellung westlich von San Martino wurde trotz aller Anstrengungen des Gegners, die prächtig vertheidigt, behauptet und befestigt. Hier fielen 3 Offiziere, 148 Mann, 1 Maschinengewehr und viel sonstiges Kriegsmaterial in die Hände unserer Truppen.

Herrlich früh waren sündliche Flieger aus Kostenjenica und auf mehrere deutsliche gesetzliche Sanitätsanstalten Bomber, ohne Schaden anzureißen.

Im Görzer Brückenkopf bei Plaza und im Tolmeiner Abschnitt hielt unsere Artillerie die Detonationen des Gegners unter Feuer. Verschiedene Infanterie-Linienverbände an dieser Stelle brachten einen Offizier und 116 Mann als Gefangene ein. Bei den

Küstenfront entspannen sich bei guter Sicht gleichfalls schwere Geschützläufe und bei Sonnenschein auch Infanteriegefechte unserer Truppen mit Bergglieri-Abteilungen. In den Dolomiten wurden mehrere italienische Angriffe auf unsere Stellungen im Tal di Land und Treppo-Selva abgewehrt. Im Südtirol nahmen unsere Truppen, unterstützt durch überwältigende Artillerieeinwirkung, die ersten feindlichen Stellungen auf den Armentiera-Rücken (östlich des Sugana-Tales) auf der Hochfläche von Pielgereuth nördlich des Terregno-Tales und südlich von Rovereto (Rovereto). In diesen Kämpfen wurden 65 Offiziere, darunter ein Oberst, und über 2500 Mann gesangen genommen und 11 Maschinengewehre und 7 Geschütze erbeutet. Ein feindliches Flugzeug wurde abgeschossen.

## Gegen Frankreich und Belgien.

### Französischer Generalstabbericht

Montag nachmittag: Südlich der Somme gelang es uns bei Vermontonvillier, durch einen Handstreich einen deutschen Schützengraben in der ersten Linie von der feindlichen Belagerung zu löschen. In der Champagne bedeutende Tätigkeit bei der Artillerie in den Abschnitten von Maisons-de-Champagne und des Hügels von Le Mesnil. Der Einbruch in ein deutsches Werk westlich Mont-Lieu ermöglichte uns die Mitnahme von etwa 15 Gefangenen. In der Gegend Verdun Artilleriefeuer im Abschnitt des Gehölzes von Woocourt und der Höhe 304. Rufe an der übrigen Front.

Montag abend: Einem Bombardement, das morgens in der Champagne auf die Gegend von Le Mesnil und Maisons-de-Champagne ausgeführt wurde, folgten mehrere gleichzeitige Angriffe schwächer Kräfte aus verschiedenen Teile der Front. Alle Angriffe wurden durch unser Sperrfeuer gehalten oder durch unsere Gegenangriffe zurückgeschlagen und blieben erfolglos. In der Gegend Verdun zeitweilig ausgehendes Bombardement auf unsere ersten und zweiten Linien westlich der Maas. Auf den Maashöhen hatte ein durch unsere Artillerie vorbereiteter Handstreich vollen Erfolg. Unsere Patrouillen säuerten die feindlichen Gräben auf einer Front von ungefähr 200 Metern und brachten Gefangene mit. Unsere Artillerie beschoss feindliche Abteilungen, die auf der Straße Eys-Nantes (südwestlich Thionvill) gemeldet wurden.

Belgischer Bericht: Der Artilleriekampf begann mit großer Härte im Lauf des Morgens im Abschnitt von Dirmuiden wieder. Eine deutsche Abteilung, die in einem Graben nördlich der Lys Fuß zu fassen versuchte, wurde alsbald zurückgeschlagen.

### Die Engländer berichten

Unterm 16. Mai: Gestern abend und in der letzten Nacht herrschte an unserer Front zwischen Loos, Dizy und dem La-Sasse-Kanal beträchtliche Tätigkeit. Der Feind beschoss heftig einen kleinen Teil des Lausgrabs östlich von Bethune. Es gelang den Angreifern einzudringen, aber nur für einige Minuten. Wir richteten abends bestiges Wirtschaftsfeuer gegen die feindlichen Stellungen südlich des Hohenzollernwerks, ließen weiter nördlich, gerade südlich vom Kanal, 25 Yards vor unserer Lausgraben, eine Mine springen und besetzten den Trichter. Wir machten Gefangene und fanden auch einige tote Deutschen auf beiden Seiten der explodierten Mine. Nordwestlich von Hulluch kein Infanteriegefecht. Wir führten erfolgreich ein Bombardement auf die feindlichen Stellungen gegenüber Fauquissart aus und brachten feindliche Minenwerfer in der Nähe von St. Eloi zum Schweigen.

### Wie England Frankreichs Kohlennot ausruft.

Im Pariser "Journal" heißt es: Georges Freche die Kohlekrise an Hand politischer Ausstellungen, wortlos herangehoben werden mög, daß die Tonne Kohle in Cardiff nach Le Havre, die im Frieden 43 Franken kostete, auf 140 Franken gekommen ist. Außerdem er betont, daß von der gegenwärtigen Haute Frankreich nicht den geringsten Anteil habe, lediglich er mit folgenden Worten: Frankreich führt heute wie früher zwanzig Millionen Tonnen Kohle ein, manch die Seewasser im Frieden hundert Millionen französischen Transportfahrten erhielten, heute erreichen sie eine Milliarde 340 Millionen ein. Da mag es für das Reich, für die Bevölkerung, Grenzen geben, da sonst andere nur das Recht haben, für toxischen zu leben. England, das allein das fahrbare Brennstoff benötigt, ohne den Transportkampf nicht verkehren können, muß nun für diejenigen zielsetzen, welche diese Schwierigkeiten und über denjenigen versteigern, die Wirtschaft damit treiben. England ist es, das die Kohlekrise in Frankreich lohnt muss, indem es Großhantelpreise einträgt, und die Kohle denjenigen neutralen Neidern verleiht, die für den Handel nicht unterwerken wollen.

## Gegen Russland.

### Rebellentum auch in Russland.

Über Sowjeten berichtet: Es besteht eine neue unerwartete Tatsache des Russischen Revolutions-Schmieds eines Zusammenschlusses militärischer Gouvernements des russischen Reichs zum Zweck der Befreiung der drohenden Hungersnot. Die Gouvernements gründen die Zentralversammlungsstelle an, die ebenfalls Moskau über Sowjetversammlungskräfte. Ganz der Gouvernement führt aus, es besteht wirklich Schmiede, und Soldat und Soldat jetzt vollkommen, möglichst bald werden bei Durchquerung des Landes bereits die Stadt Moskau an Größe erzielen; eben bei eisigerer Erde müssen die Gebäude gegen Feindes Angriffen der Unterseite bereits im Bau sein eingetragen sein. Die Gouvernements fordern der Gouvernements Schmiede, die Errichtung von Hauptstädten und die Errichtung des Kommandostaffes.

## Gegen England.

### Die englische Arbeiterschlacht und die allgemeine Revolution.

Gegen die soziale Führung der alten britischen Regierung schmieden 26 Gewerkschaften, 3 Arbeiterschlachten und einer wichtigen Arbeiterschaften. Unter den liberalen Opponenten befindet sich John Burns, Portman, Chamberlain und Aspinwall. Die neuen sozialistischen Arbeiterschlachten sind: Fabrikarbeiter, Meer-Denkmal, London, Birmingham, London, Liverpool (sozialistische Mitglieder der 3. C. P.), Manchester (sozialistische Mitglieder aus Schottland), 3. S. London (sozialistische) und Schottland (sozialistische).

### Gefängnis für britische sozialistische Redakteure.

Wir berichteten am Freitag über die Verurteilung britischer Sozialisten. Wie jetzt mitgeteilt wird, handelt es sich um den Redakteur des "Worker", John Muir, den Geschäftsführer Walther Bell und den Arbeiterschreiber W. Gallacher, die vor dem Schurgericht in Edinburgh angeklagt waren, die Arbeiter ausgereizt zu haben, die Gewerbezergangen zu verhindern. Die Angeklagten haben die Arbeiter am Clyde in eine industrielle Union zu organisieren versucht, um sie — wie die Anklage behauptet — zu einem allgemeinen Streik gegen das Munitions- und Wehrpflichtgesetz zu veranlassen. Mit Rücksicht auf die Unbefriedigung und den allgemein guten Charakter der Angeklagten sah der Vorsitzende Richter von der Verhängung von Zuchthausstrafen ab und verurteilte Muir und Gallacher zu einem Jahre Gefängnis, Bell zu drei Monaten.

### Das Strafgericht in Irland.

Aus Dublin wird der "National Tidende" gemeldet, das weitere 203 am Aufruhr beteiligte Personen deportiert wurden. Die Gesamtzahl der bisher Deportierten beträgt 1200. In der Dubliner Presse sind zwölf Zivilbeamte benannt, die bei der Revolte erschossen wurden, trotzdem sie sich von der Bewegung vollständig ferngehalten hatten.

### Gewissenhaftigkeit und Wehrpflicht.

Bei den Verhandlungen über das Dienstpflichtgesetz im Unterhaus kam die Frage der Gewissenheitsgruppe neuerlich zur Sprache. Der Unionist Barnby hatte einen Zusatzantrag eingebracht, daß Männer mit Gewissenheitsgruppen nur dann bestraft werden sollen, wenn sie am 1. Juli 1914 Mitglieder von religiösen Sitten waren, die gegen den Militärdienst sind. Der Arbeiterschreiber Thomas schlug vor, daß man Männer mit Gewissenheitsgruppen für irgend welche Arbeiten im nationalen Dienst verweisen solle, anstatt sie einzustellen. Lord Hugh Cecil glaubt, daß Menschen mit wirklichen Gewissenheitsgruppen nur eine sehr kleine Gruppe bilden und daß man von ihnen den Beweis erlangen müsse, daß ihre Bedenken tatsächlich auf moralische und religiöse Gründe zurückzuführen seien. Die Entscheidung darüber sei von den Gerichtshöfen zu fällen. Hierzu wurde der Antrag Barnbys zurückgeworfen und Harry (liberal) beantragte, daß Männer mit Gewissenheitsgruppen in der Armee, die sich weigern, Befehlen zu gehorchen, vor ein Kriegsgericht gebracht werden sollen und daß die Verhandlung gegen sie, wenn ihre Vergehen wirklich eine Folge von Gewissenbedenken war, vor einem bürgerlichen Gerichtshof ausgetragen werden solle, der zu entscheiden habe, ob die Angeklagten im nationalen Dienst zu verwenden oder zu Gefängnisstrafen zu verurteilen sind. Er verlangte, daß der von ihm beantragte Zusatzartikel aus 17 Soldaten mit Gewissenheitsgruppen angewendet werden solle, die bereits nach Frankreich verbracht worden seien, denn es sei die Kede davon gewesen, daß diese eröffnen werden würden. Der Solicitor-General George Cave legte, daß durch eine solche Bestimmung Männer mit Gewissenbedenken eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden würde. Es gebe nicht an, daß man vom Kommandanten im Felde verlangt, daß er die Bewegung von Soldaten, die ungehorchen und genau unterstehen. Alle Soldaten müßten gleichgestellt werden. Hierzu folgte eine ereignisvolle Szene, die von der "Daily News" folgendermaßen geschildert wird: Als es klar war, daß das Leben der 17 Soldaten mit Gewissenbedenken so gut wie verloren sei, brach der Arbeiterschreiber Gordon auf und fragte in erregtem Tone: "Werden die jungen Leute erschossen werden oder nicht?" Der Minister Long und Cave schwiegen. Es war ein Stillschweigen, das einer Beschwörung gleichkam. Hierzu rief Snowden mit drohender Stimme: "Gebt mir nur den einen Schuß los gehen!" Cave erhob sich nur ebenso und sagte, daß Soldaten an der Front erschossen werden könnten, wenn sie für die Desertion oder der Feigheit vor dem Feind schuldig wären. Die Männer mit Gewissenheitsgruppen seien jedoch niemals vor den Feind gestellt worden. (Beifall.) Sie seien mit Arbeitern und behindert worden. Die Regierung habe das Verbrechen, das sie dem Hause gegeben habe, bei den Bürgern genau eingestellt. Snowden wurde der Antrag Harde mit 51 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

## Gegen Italien.

### Das französische Minenleichtschiff "T." verbrannt.

Blättermeldungen zufolge handelte es sich bei dem Sanktionsfall in der Nähe Sardinien um das französische Minenleichtschiff "T.", das vom Hafen Paris in Richtung auf Sizilien ausgesetzt war. Ursprünglich sollte das Minenleichtschiff in Flammen gehüllt ab. Zu den Beobachtungssoffizieren gehörten Fregattenkapitän Barthélémy de Saizien als Führer, Hauptmann Cauchain und Schiffsleutnant Leclerc. Es konnten nur die Feuer der Sanktionsflame geborgen werden.

### Englische Forderung an Italien.

Nach dem "Pesti Hirsz" hatte der frühere italienische Ministerpräsident Giolitti mit dem König von Italien eine Unterredung, der viel Bedeutung beigemessen wird. Es heißt, die Ergebnisse, daß der Friedensvertrag nicht ausgehandelt werden darf und daß Italien sich nicht zu Hilfs-

diensten für die französischen und englischen Kolonialtruppen herabwürdigen darf, sei dem Einfluß Giolittis zuzuschreiben. Nach der Begeisterung, die der Besuch Giolittis hervorrief, brachte die Pariser Wirtschaftskonferenz Italien die größte Enttäuschung. England forderte die Auslieferung der deutschen Schiffe in den italienischen Häfen als Voraussetzung für die Erhöhung der Frachten. Dieser Wunsch wurde zurückgewiesen, weil ein solches Vorgehen Italiens Interessen nicht dienlich gewesen wäre. Würde Italien die deutschen Schiffe beschlagnahmen, so müßten diese für italienische Zwecke verwendet werden. Ebenso wurde der englische Wunsch zurückgewiesen, daß Italien allein einen Handelsvertrag mit England abschließe. Dieser Vertrag würde Italien vollständig die Hände binden. Der Abschluß dieses Vertrages wurde vom Verlauf und Ergebnis des Krieges abhängig gemacht.

## Der Balkankrieg.

### Vorpostenkämpfe bei Saloniki.

Athener Blätter melden übereinstimmend heftige Patrouillenkämpfe um Saloniki, namentlich bei Doiran.

### Griechische Zeitungen unter Kontrolle der Entente.

Einer Athener Meldung der "Frank. Ztg." zufolge haben die französischen Militärbehörden von Korfu angeordnet, daß künftig alle einlaufenden griechischen Zeitungen zuerst die französische Censur passieren müssen, die darüber entscheidet, ob die Zeitungen in Korfu umlaufen dürfen oder nicht. Diese Maßregel soll auch in Mazedonien zur Anwendung kommen, sobald der direkte Bahnhof Athen—Saloniki hergestellt ist.

### 160 Maschinengewehre beschlagnahmt.

Der griechische Frachtdampfer "Helene Stathates" ist, nachdem er 50 Tage von den Engländern bei Gibraltar festgehalten worden war, im Piräus eingetroffen. Er hatte von Amerika 160 Maschinengewehre für Rechnung der griechischen Regierung an Bord gehabt, die von den Engländern beschlagnahmt worden sind. Die griechische Regierung beabsichtigt, energisch zu protestieren.

### Belagerungszustand in Korinth.

Italienische Zeitungen melden aus Saloniki, daß die griechische Regierung über das Gebiet des Golfs von Korinth den militärischen Belagerungszustand verhängt hat.

### Kommandomchsel in Mazedonien.

Aus Athen wird gemeldet: General Milne wurde als Nachfolger des nach Ägypten versetzten Generals Mahon zum Befehlshaber der englischen Streitkräfte in Mazedonien ernannt. Guten Informationen zufolge ist die Überweisung Mahons aus Saloniki wegen Meinungsverschiedenheiten mit General Sarrail erfolgt.

## Der Seekrieg.

### Angeholtener schwedischer Dampfer.

"Tidning" meldet: Der schwedische Dampfer "Prinsessin Ingelborg" von Göteborg unterwegs, wurde auf seiner Reise von einem deutschen Flugzeug angehalten. Es wurde ihm befohlen, einen bestimmten Kurs zu steuern, wo das Schiff Unterkunft und Sicherheit vor dem Durchsuchen durch deutsche Torpedojäger, die später ankamen, unterwerfen musste. Daraufhin durfte das Schiff seine Reise unbehindert fortfahren.

### Minenopfer.

Die in Bergen eingetroffene Mannschaft des norwegischen Dampfers "Terje-Viken" berichtet, daß das Schiff, das mit Weizen beladen von Galveston nach Portugal unterwegs war, vor Lissabon auf Minen gestoßen und gesunken sei. Die frühere Meldung, daß der Dampfer ohne vorherige Warnung torpediert worden ist, demnach falsch.

### Die "Appam" als deutsche Prise erklärt.

Aus dem Hafen wird berichtet: Die Verhandlungen über die "Appam" wurden in Norfolk (Virginia) von dem dortigen Gericht beendet. Danach hat das Gericht gegen den Antrag der deutschen Botschaft entschieden, daß die "Appam" entsprechend dem preußisch-amerikanischen Vertrag als Kriegsschiff anzusehen sei, das Prisen begleitete. Die "Appam" sei selbst Prise und ohne Begleitung eines Kriegsschiffes eingefahren.



# Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier berichtet unter dem 16. Mai: Von der Kaukasus- und Treksrunt keine wichtige Meldung. Eines unserer Wasserflugzeuge übersetzte in der Nacht zum 13. Mai die Insel Imbro und warf mit Erfolg Bomben auf zwei große feindliche Schiffe. Unser Wasserflugzeug kehrte trotz des Feuers der feindlichen Artillerie unverzagt zurück. Ein feindlicher Monitor, der in den Hafen an der Nordwestküste der Insel Kasten einlaufen sollte, geriet in das Überraschungsfeuer unserer Artillerie. Ihre Volltreffer ließen den Monitor in Flammen gehüllt und rauchend scheitern. Während der mehrere Stunden andauernden Feuersbrunst wurden deutlich Explosionen gehört, die von der im Schiff befindlichen Munition herrührten. Ein feindliches Flugzeug, das inzwischen erschienen war, warf sechs Bomben auf das Festland Urla und töte einen Mann und zwei Frauen von der Zivilbevölkerung und verlegte ein Kind.

## Russisches Gemeinde unter Muselmanen?

Agentur Milli meldet: Nach soeben eingelausenen amtlichen Meldungen wurde ein Teil der muslimischen Bevölkerung, die in den Dörfern des Distrikts Chitak, den die Russen besiegeln, zurückgeblieben war, durch den Feind niedergemehlt. Hauptfachlich wurden die Dörfer Erkenis und Hassis angezündet und die Einwohner in den genannten Dörfern, ungefähr 500 Personen, Frauen, Kinder und Greise darin einbezogen, lebendig verbrannt.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

Österreichisch-ungarische Note gegen die U-Boots-Kriegsführung der Entente.

Wien, 16. Mai.

Das Ministerium des Außen überreichte heute den am Wiener Hof beglaubigten Vertretungen der verbündeten und neutralen Staaten folgende Note:

Das Ministerium des Außen war am 22. März in der Lage, bei den am Wiener Hof beglaubigten Vertretern der verbündeten und neutralen Mächte gegen die Torpedierung des See-Flottillen "Elektro" durch ein feindliches Unterseeboot nachdrücklich Protest zu erheben. Es war dies indes keineswegs der erste Fall, daß ein feindliches Unterseeboot in österreichischen Gewässern friedliche Schiffe angriß. Schon am 12. Februar schoss ein Unterseeboot unweit Punta Planta ohne vorherige Warnung einen Torpedo auf den Dampfer der ungarisch-kroatischen Gesellschaft "Daniel Erno" ab, welcher der Vernichtung nur durch geschicktes Manöver entging. Der Kapitän des Dampfers hatte laut eindrücklich und von zahlreichen Zeugen bestätigter Aussage das Periscope eines Tauchbootes und die Bahn des Torpedos deutlich gesehen. Am 28. Februar lancierte ein Unterseeboot, ohne daß auch nur ein Periscope wahrzunehmen war, gleichfalls in der Nähe von Punta Planta einen Torpedo auf den Dampfer "Zagreb" derselben Gesellschaft. Das Schiff vermochte dem Geschoss, dessen Bahn von zahlreichen Personen an Bord beobachtet wurde, nur durch eine rasche Wendung auszuweichen. Am 5. April wurde gegen den Dampfer "Daniel Erno" neuerlich von einem Unterseeboot, auch diesmal ohne Warnung, ein Torpedo lanciert, der an der nahen Felsküste explodierte. Die österreichisch-ungarische Regierung brachte die Vorkommnisse, die glücklicherweise nicht mit einer Schädigung verbunden waren, bis jetzt nicht zur allgemeinen Kenntnis. Sie beschäftigte sich darum, von den am 12. Februar und 28. Februar erfolgten Angriffen auf den Lokaldampfer die Regierung der Vereinigten Staaten zu verständigen, welche die Kriegsziele der Gegner in seiner Weise zu fördern vermag, nur auf blinde Zerstörungswut zurückgeführt werden.

Diese Deutung findet nunmehr ihre volle Bestätigung in der jüngst wider den österreichischen Dampfer "Dabroni" verübten barbarischen Tat. Dieses der "Navigatione a Vapore Ragusa" gehörige Schiff wurde am 9. Mai um 16.30 Uhr vormittags im Kanal zwischen San Giorgio (auf der Insel Lefka) und dem Kap Gomena (auf der Halbinsel Sabioncello) von einem feindlichen Unterseeboot ohne jede vorherige Warnung durch zwei Torpedos vernichtet. Der erste Torpedo traf den Dampfer an der Steuerbordseite und hatte zur Folge, daß das Schiff rasch zu沉没 began. Alle Personen an Bord eilten in die ins Wasser gelassenen Rettungsboote. Als diese Boote abzogen im Begriff waren, explodierte ein zweiter Torpedo, welcher aus der gleichen Richtung kam, wie der erste achter Steuerbord unter dem Decksalon. Infolge der Explosion wurde das Steuerbordrettungsboot samt den Insassen in die Luft geschleudert und ging in Trümmer. Ein zweites Boot fuhr mit 16 Personen gegen das Land und nahm unterwegs zwei Schiffbrüchige auf. Zur Hilfe eilten Barken herbei und holten noch einige Personen aus dem Wasser. Auf dem Schiff befanden sich im Augenblick der Torpedierung außer der Besatzung des Dampfers, die eindeutiglich des Kapitäns aus 19 Mann bestand, Passagiere in der gleichen Zahl, darunter zwei Priester und mehrere Frauen und Kinder. Drei Leichen ertrunkener Frauen wurden bereits geborgen und begraben. Von der Besatzung und den Fahrgästen werden je vier vermisst. Die Meldung der "Agenzia Stefani" vom 10. Mai gibt die Tatsache der Versenkung des Schiffes, als deren Urheber ein den italienischen Streitkräften beigegebenes französisches Tauchboot bezeichnet wird, zu und fügt bei, der Dampfer sei ein Transportschiff und mit Kriegsmaterial beladen gewesen. Die Angabe ist glatt erfunden und dient augenscheinlich dem Zweck, die Berichtigung als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Das Schiff, ein kleiner Lokaldampfer von 51 Meter Länge und 480 Tonnen Raumgehalt, konnte selbstverständlich weder Truppen noch Kriegsmaterial an Bord haben, ebenso wenig war dies bei irgendeinem der früher genannten Dampfer der Fall. Uebrigens war die Bezeichnung des Tauchbootes, das der Gefangenheit der feindlichen Unterseeboote entsprechend während der Torpedierung hier in möglichst weiten Abständen und vollkommen unter Wasser hielt, gar nicht in der Lage festzustellen, welche Personen und welche Art der Dampfer führte. Stellt die tückische Beschreibung des kleinen Fahrzeuges schon an sich einen brutalen, durch nichts zu enttäuschen den Menschheit und dem Völkerrecht hohes Verbrechen dar, so kommt das Abfeuern des zweiten Torpedos auf den bereits im Sinken begriffenen und von Rettungsbooten umgebenen Dampfer nur beizudenken, die Rettung der Personen, deren Leben andernfalls nicht hätte bewahrt werden können, zu verhindern. Dieses Vorzeigen löst sich daher nur als "vorberechter Mord" bezeichnen. Wenn auch die italienische Regierung in einem Communiqué, sicherlich im vollen Bewußtsein, daß sie der Dessenheit von einer schamhaften Tat kunde gibt, besonders hervorhebt, es sei ein französisches Kriegsschiff gewesen, das die Tat vollbrachte, trifft die Verantwortung dafür auch die italienische Regierung, da das Unterseeboot, um das es sich handelt, im Verbund mit den italienischen Streitkräften operierte.

Die österreichisch-ungarische Regierung legt gegen die angeführten Ausführungen, denen nur jene gleichkommen, deren sich die Entente-Mächte in diesem Kriege bereits solidig machen, in ihrer Weise Verwahrung ein und willigt die Vor-

# Der amtliche Kriegsbericht.

W.T.B. Großes Hauptquartier, 17. Mai.  
(Amtlich)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Vens fanden im Anschluß an Minensprengungen lebhafte Handgranatenkämpfe statt.

Auf beiden Maasufern steigerte sich zeitweise die gegenseitige Artillerietätigkeit zu großer Heftigkeit.

Ein Angriff der Franzosen gegen den Südhang der Höhe 304 brach in unserm Sperrfeuer zusammen.

Die Fliegerstätigkeit war auf beiden Seiten sehr rege. Oberleutnant Immelmann schoß westlich Donai sein 15. feindliches Flugzeug herunter. Ein englisches Flugzeug unterlag im Enskampf bei Bourges. Die Zusagen, zwei englische Offiziere, wurden unverwundet gesangen.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

Eine im War达尔-Gebiet gegen unsere Stellung vorgehende schwache feindliche Abteilung wurde abgewiesen.

Oberste Heeresleitung.

schafft (Gesellschaft), von dem Vorstehenden ihrer Regierung höchstens Mitteilung machen zu wollen.

## Waffenstillstand zur Bestattung abgelehnt.

Der "Temps" bringt die Antwort der kriegsführenden Staaten auf den Vorschlag des Roten Kreuzes, es möchte jeweils ein Waffenstillstand verabredet werden, während dessen die Sanitätsmannschaften die Toten aufnehmen und identifizieren können. Deutschland antwortete, daß es die Frage von der Initiative der Gegner abhängig mache. Demgegenüber stehen die Antworten Rußlands, Frankreichs, Belgien, Englands und Italiens, die sämtlich aus militärischen Gründen glatt ablehnen. Trotzdem bringt der "Temps" es fertig, zu behaupten, daß, wenn Deutschlands Antwort günstig gewesen wäre, offenbar die gewünschte Vereinbarung hätte besprochen und zum guten Ende geführt werden können.

## Der Kolonialkrieg.

Amtlich wird am 15. Mai aus Loutzenzo Marques gemeldet: Deutsche griffen mit zwei Maschinengewehren und 100 Einheimischen am 8. und 12. Mai den portugiesischen Posten Rihla am Riouma-Fluß an. Sie wurden zurückgeschlagen. Die Portugiesen hatten einen Toten. Von dem übrigen Rionga-Abschnitt wird Gewehrfeuer gemeldet. Die Verluste beiderseits gering.

## Die Befestigung der Alands-Inseln.

Novoje Wremja schreibt über die Interpellation Stefens bezüglich der russischen Befestigung der Alands-Inseln in der schwedischen ersten Kammer: Der Vertrag von 1856 verbietet allerdings Rußland, auf den Alands-Inseln Befestigungen anzulegen. Der Vertrag sei aber zwischen Rußland einerseits, England und Frankreich andererseits abgeschlossen worden. Schweden habe somit kein Recht zum Einspruch.

Der Londoner Vertreter von Stockholms Tidningen meldet, er habe auf eine Anfrage vom englischen Amt des Außen folgende Erklärung über die Alandsfrage erhalten: „Die Agitation, die in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Alandsfrage betrieben worden ist, deutet uns hier von nicht ehrlichem und gewissermaßen unechtem Charakter zu sein. Dies geht aus der Tatsache hervor, daß sich, soweit wir wissen, die schwedische Regierung seit Beginn der Agitation in dieser Frage nicht an die russische Regierung gewandt hat. Hätte die schwedische Regierung dies getan, so sind wir überzeugt, daß die russische Regierung, die in jeder Hinsicht gute Beziehungen zu Schweden wünscht, ihre freundliche Auffassung den schwedischen Interessen gegenüber darlegen würde.“ Das Blatt weist die Sehduldigung gegen die schwedische Regierung als Irritation zurück.

## Freigabe von Farbstoffen an Amerika.

Nach verschiedenen Mitteilungen aus englischen und amerikanischen Blättern hat die deutsche Regierung sich nunmehr bereit erklärt, 15 000 Tonnen Farbstoffe an die Vereinigten Staaten abzugeben. Bedingung ist, daß die Farben in Amerika verbraucht und nicht nach England ausgeführt werden. Bisher waren nur ganz kleine Mengen von Deutschland für den Gebrauch der amtlichen Druckerei in Washington freigegeben worden. Das "Financial Chronicle" schätzt den Wert der 15 000 Tonnen auf über 12 Millionen Dollar.

## Meyterei holländischer Matrosen in Niederländisch-Indien.

Amtlich wird aus dem Haag gemeldet: Nach Berichten der Kommandanten der Seestreitkräfte in Niederländisch-Indien, kam es am 7. Mai in Soerabaja anlässlich der unerlaubten Demonstration von Matrosen gegen das Militär-italia später auf dem Panzerschiff "De Zeven Provincien" zu Unruhen. Der Kommandant begab sich mit dem Dampfer "Aldebaran" nach Soerabaja und lehrte bereits mit dem "Aldebaran" nach Tandjicang zurück. Ein Amsterdamer Blatt meldet dazu, daß 40 Deserteure mit dem Dampfer "Kinsani" nach Holland zurückgeschickt wurden. Die Behörden in Indien erhielten Briebe, worin angedroht wurde, man werde das Hospital Soerabaja in Brand steken. Das Hospital wird von Truppen streng bewacht.

## Vergeltungsmaßnahme gegen französische Offiziere.

Als Gegenmaßregel für die unwürdige Behandlung deutscher Offiziere in Frankreich wurden, wie die "Vossische Zeitung" erzählt, jüngst acht französische Offiziere als Strafgefangene aus dem Offizier-Gefangenentlager in Magdeburg unter Führung eines deutschen Offiziers und eines Feldwebels nach Beeskow übergeführt. — Beeskow ist allerdings kein Strafgefängnis, sondern gleichfalls ein Offizier-Gefangenentlager.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Fortschritts- und der Fall Liebknecht.

Im "Berl. Tageblatt" kritisiert Theodor Wolff die Absehung der Haftentlassung Liebknechts durch den Reichstag

und insbesondere die Beteiligung der Linksliberalen an diesem Beschuß. Er glaubt, daß den Liberalen ihr Votum in der Angelegenheit Liebknecht noch schwer auf dem Magen liegen werde. Die Verleugnung des Grundsatzes der Unantastbarkeit des Volksvertreters sei doch keine Bagatelle, sondern eine ungemein ernste Angelegenheit. Das Prinzip der Immunität, so heißt es dann weiter, „gehört zu den sehr wenigen Garantien gegen einen gewaltfahrm Machtingriff und unter keinen Umständen dürfte man es preisgeben, jetzt so wenig wie je. Und es ist unverständlich, warum gerade die Linke, während die Rechte und das Zentrum befriedigt zusahen, so tatigungsstrotz in den Vordergrund trat. Payer erzielte Bericht, Liebig redet, Hubrich läuft und Müller-Steiningen haut. Das ist eine etwas reichliche Herausgabeung bester Manneskraft. Kann man heute mit Bestimmtheit voraus sagen, wie sich nach dem Kriege alles gestalten wird? Wer sich nicht verlocken lassen will, hüte sich vor dem ersten Schritt.“

## Gegen den preisvernernden Zwischenhandel.

Der Kölner Oberbürgermeister hat an die Reichsprüfungstelle für Lebensmittel einen Antrag gerichtet, worin er sofortiges Einschreiten gegen die Preisvernerungen durch den Zwischenhandel fordert. Es habe sich herausgestellt, daß die wucherischen Treibereien meistens nicht auf die Gewinnzuschläge eines einzelnen Händlers zurückzuführen gewesen seien, sondern auf die Weiterverkäufe in andern. Man müsse gesetzliche Bestimmungen treffen, daß der überflüssige Zwischenhandel ausgeschaltet werde, etwa in dem Sinne, daß kein Großhändler an einen anderen Kleinhändler weiterverkaufen dürfe, und daß Agenten nur an Kleinhändler und diese nur an Verbraucher abgeben dürfen. — Gesetzliche Bestimmungen, wie sie hier gewünscht werden, müßten schon sehr entschieden und klar gefaßt sein; sonst sind Umgehungen überaus leicht.

## Liberaler Zusammenschluß in Bayern.

Ein liberale Delegiertenversammlung in München erörterte die Frage der Verschmelzung der liberalen Parteien im Reiche. Es nahmen an der Versammlung bayerische Landtagsabgeordnete der beiden liberalen Richtungen teil. Die liberale Arbeitsgemeinschaft in Bayern soll die Initiative ergreifen und im Sinne einer Verschmelzung der liberalen Gruppen wirken. Eine Sonderkommission wurde zum Zwecke der Vorarbeiten eingesetzt.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 17. Mai.

Ein Programm des Kriegsausschusses für Konsumtenten interessiert. Der Kriegsausschuß für Konsumtenten hat der Reichsregierung wieder eine lange Reihe von Wirtschaftsforderungen unterbreitet. Das Programm geht aus von der Tatsache, daß Deutschland in seiner Lebensbedarfsdeckung nun fast ganz auf sich selber angewiesen ist. Deshalb gilt es, für die Sicherung der Lebensmittelproduktion und für ihre Steigerung alle Kräfte und Mittel einzuziehen unter Proklamation einer „allgemeinen Rährpflicht“ für die Landwirte. Viehhälter und Vorratsinhaber gewissenhaft zu gegenstehen zur allgemeinen Wehrpflicht der Waffenfähigen. Der erste Teil des Programms des Kriegsausschusses enthält eine Fülle von technischen und organisatorischen Vorschlägen für die Erwerbsförderung und die bestmögliche Ausnutzung der Felder, Wälder und Viehwallungen. Der zweite Teil, der von der zweitwichtigsten Verwendung und Verteilung aller Erträge und Vorräte handelt, sieht die Lösung darin: Erst der Mensch, dann das Vieh! Keine Lebensmittel versüffen, so lange sie noch zur direkten Ernährung der Menschen viel ergiebig ausgenutzt werden können; im übrigen Bevorzugung des Milchviehs vor allem anderen Vieh. Weiter fordert der Kriegsausschuß Sicherstellung von 24 Millionen Tonnen Schweinefleisch und 14 Millionen Doppelzentner Zucker gegen Verkürzung; zweckmäßige rationierte Verteilung der Lebensmittel zwischen Stadt und Land, zwischen Reich und Arm; Einschränkung der Selbstverzehrung; nötigenfalls beiztweckte organisierte Lieferungszwang für Massenbedarfsmittel. Das Lebensmittelkartell ist auszubauen und für die verschiedensten Arbeiter- und Kranfengruppen besser zu gestalten. Auslandskarten! Zur Durchführung, die der dritte Teil des Programms behandelt, fordert der Kriegsausschuß ein allgemeines fortlaufendes Lebens- und Gütermittellataster (mit entsprechendem Meldezwang aller Beteiligten) als Unterlage für eine zentrale Reichsbewirtschaftungsstelle, die die Lebens- und Gütermittelpreise gleichmäßig leakt und überwacht. Die Gemeinden, die praktischen untersten Ausführungsorgane, sollen möglichst viel Eigenproduktions- und Verführungsbetriebe (Mästerseien, Wurstfabriken, Gemüsehallen usw.) und Massenreisungen einrichten. Der Gütermittelregelung ist ein besonderer viertter Teil gewidmet. Das Programm gipfelt im Artikel 5 über die Preisregelung: Abbau der Preise heißt hier die Lösung. Hundert Neuanlauf der Preise bei Gelegenheit der neuen Ernte von unten herauf nach den Produktionsosten und angemessenen Verdienststufen. Die Preise für verarbeitete Erzeugnisse, deren Bezug durch die Z.-E.-G. zu monopolisierten ist, sollten unter dem Einfuhrpreis abgegeben werden, um die Preise allgemein auf dem heimischen Markt zu senken und den bürgerlichen und militärischen Behörden, diesen großen Verbrauchern, die heimischen Einkäufe für Lebensbedarf aller Art beträchtlich zu verbilligen und den untermilitärischen Verbrauchern durch Sterierung der Kaufkraft des Geldes das Durchhalten zu erleichtern. Anders kommen wir aus dem jetzigen Zirkel der ständig steigenden Teuerung nicht heraus. Da alles rationiert ist, reisen billigere Preise nicht zum Massenverbrauch. Das Programm des Kriegsausschusses schließt in Teil 6 mit Forderungen zur Befreiung des Wuchers, des Kettenhandels, des Ladungsmittelshandels, und ruft die Richter auf, dem Recht hier idem als bisher zu dienen. Was nützen aber alle guten Vorschläge, wenn sie nicht zur Ausführung gebracht werden? Da es nicht traurig genug ist, daß das deutsche Volk ohne Not in eine solche Hungersniere hineingebracht wurde! Es wird die höchste Zeit, daß etwas Durchgreifendes geschieht!

Aus- und Durchfuhrverbote für Leder. Die Handelskammer teilt mit, daß unter Bezugnahme auf die erlaubten Aus- und Durchfuhrverbote für Leder nach einer Verstärkung des Reichscommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen auch die kleinsten Abfälle von Leder noch unter den Begriff Leder fallen.

**Ältester Straßenbahn.** Betriebsergebnisse für den Monat April 1916. Verkörpert sind 1916: 1.124.843 Personen, 1915: 963.165 Personen, mehr 261.680 Personen. Gingenommen sind 1915: 119.434,79 M., 1916: 1.642.85 M., mehr 27.791,94 M.

Sechzehn Jahre, ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft und ihre Bekämpfung lautete das Thema eines Vortrages, den Herr Professor Dr. Tiede in Bremen, ein Fachmann auf diesem Gebiete, auf Veranlassung der Ältesten-Kramenkassen vor einer recht gut besuchten Versammlung im Saale der "Gemeinnützigen Gesellschaft" hielt. Redner wies auf die großen Gefahren hin, welche Alkoholismus, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten für die Gesundheit und Kraft des Volkes bedeuten. Sehr schlimm sind die Folgen der Geschlechtskrankheiten, die auch vielfach der Grundstein, wenn Ehen kinderlos bleiben. Besonders zu betonen ist, daß alle Geschlechtskrankheiten heilbar sind, wenn die Infizierten sich bald als möglich nachdem die Krankheit verpumpt, an einen Arzt wenden und sich von ihm ausheilen lassen. Was leider vielfach

unterlassen wird. Durch Kurfürstentum wird gerade hier häufig gefordert. Die politische Meldepflicht hält der Vortragende für falsch, da viele Erkrankte sich ihr entziehen und so auch auf die Hilfe des Arztes verzichten würden. Sehr zu begrüßen seien daher die Beratungsstellen für Geschäftskräfte, welche von den Krankenkassen eingerichtet sind, in denen der Erkrankte, ohne Schaden für seine bürgerliche Existenz befürchten zu müssen, Rat und Beistand findet. Im Verlaufe seines Vortrages betonte Herr Dr. Jäger, daß die erste Anstellung meistens im außerordentlichen Geschäftsvorleben erfolge, da infolge unserer wirtschaftlichen Verhältnisse die Ehe oft erst in späteren Jahren eingegangen werde. Redner befürwortete eine bessere hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen und kritisierte die Gramine der höheren Kreise, welche einer früheren Heirat in den Weg treten. Von Redner wurde in dem Zusammenhang seiner Ausführungen auch das traurige Kapitel der Prostitution geöffnet. Er erläuterte in den Mädchern, die sich diesem Gewerbe hingegeben, nicht in erster Linie Verboscere, sondern Angstliche, an deren Schicksal nicht selten unjene gegenwärtige Gesellschaftsordnung mitschuldig sei. Man müsse auch ihnen die Möglichkeit geben, sich wieder emporzuarbeiten, was in den aus Gewinnjuch betriebenen Bordellen fast ausgeschlossen ist. Redner hält eine Kasernierung nach Bremer Maßstäben für geeignet, den Mädchen wieder wenigstens ein gewisses Maß von Selbstachtung zu geben. Der Vortrag, aus dem soziale Empfinden sprach, fand lebhaften Beifall.

**Bei den Unseren an der Westfront.** Unter dieser Stichmarke erhalten wir von Redakteur F. Koch, der mit Lübecker Liebesgaben unterwegs war, einen ausgedehnten Bericht. Wir entnehmen ihm folgende Stellen:

In ... fanden wir unseren Waggon und traten noch am selben Abend die Weiterreise an. Das unendlich schöne Moosalta hinunter ging die Fahrt. Die Nacht verbrachten wir im Wagen und am andern Morgen waren wir in Frankreich. Gegen Mittag kommen wir in ... an und befinden uns nur rund 30 Kilometer Luftlinie von Verdun. Stark pulsierendes Leben flutet uns entgegen. Deutlich vernnehmen wir die schweren Geschützschläge von der umkämpften Festung herüber. Kraftwagen sausen die Straße entlang, laufen steile Staubwolken zurück, Infanterie und Artillerie und Bagage zieht fortwährend eilig vorbei und in der Luft liegt es wie eine sieberhafte Spannung. Aus dem fern am Horizont stehenden Walde rauscht es dunkel heran. Wir fühlen und ahnen die unmittelbare Nähe des gewaltig brandenden Meeres Kriegs.

Hoch oben im Himmelshau schwimmt ein Flieger. Wie eine Libelle, so zierlich und elegant sieht der Menschenvogel dem Kampfgleide entgegen. Wie wir noch hinaufsteigen, kommt ein Feldgondola herangesprengt und prüft uns auf Herz und Nieren. Hier im Gefechtsbereich ist harfe Kontrolle. Ich möchte keinen Zivilisten retten, mit ungenügenden Ausweisen eine Frontreise zu unternehmen. Es ist nicht angenehm, sich auf Schritt und Tritt beobachtet zu wissen, aber im Süden freut man sich doch der neuen, geraden Fliegerfallung aller Wachtposten. Daß immer noch Spionagesfälle vorkommen, haben wir später in Brüssel, wo die Anklagetafel die Verurteilung solcher Verbrechen öffentlich als Warnung bekanntgaben. Als Zeitungsmann interessierte mich besonders drinnen auch das Publikationswesen. Es ist bekannt, daß unsere Heeresverwaltung verschiedene deutsche Soldatenzeitungen ins Leben gerufen hat. Da ist beispielsweise der in deutschen Lettern gedruckte, ganz modern "angetragene" Belgische Courier, da ist die trefflich redigierte Lille Kriegszeitung, die Champagne-Kriegszeitung usw. Erfärlicherweise nicht aber die feindselige Bevölkerung diesen Blättern (ganz abgesehen davon, daß sie in deutscher Sprache erscheinen) misstrauisch und unfeindlich gegenüber. Und da ist es von der Heeresverwaltung sehr gewollt und entgegenkommen, daß sie in der "Gazette des Armées" der Verdöhlung ein ganz unparteiisches Tageblatt geopfert hat, das nicht nur die Tagesberichte und wesentlichen politischen Ereignisse auch von der Seite unserer Gegner bringt, sondern das besonders durch die Bekanntmachung der Namen der von uns Gefangenen außerordentlich viel im besetzten Gebiet gelesen wird. In vielen Städten an der Front habe ich reihentlich ausgesuchte deutsche Zeitungsverkaufsstellen gefunden. Hamburger und Berliner Blätter ebenfalls konnte ich in der Sonnabend-Abendausgabe Louvois vormittags bereits in Brüssel bekommen. Trefflich scheinen sie auch die neuerdings eingeführten Fahrkartenfeldmarken eingetragen zu haben.

Auf der Weiterreise nach ... führen wir zahlreiche Helden-zeichen. Freund und Feind liegen hier im ewigen Frieden Seite an Seite. Und es ist unendlich schlimm, wenn man sieht, mit wie viel Liebe die Brüder gestiegt sind. Die Heiligkeit des Opferstoffs findet hier draußen in den Heldengrabmälern durchaus würdige Denkmale. Kein noch so funktionsangelegtes Ehrenstück beherrscht dann die Industrie der Vorabergärten so zwingen, wie das kolossale Kriegergrab am Waldrande oder mittler in der kleinen Rieke — dort, wo das Blut des Helden für seine Heimat fließt.

Ja, vielleicht ist zu unzähligen Szenen heraus, daß unser Siegesblau-Wagen an einer falschen Stelle gleicht. Dem Kriegermündigen und hilfsbereiten Einwohnern der dortigen Kriegerberghäuser verdanken wir die baldige Weiterförderung unserer Sendung. Leider, aber besser: erfahrließt uns die jüngste Nachricht über eine große Frontstrecke weiter aus und wir haben ja fast das ganze von den Deutschen besetzte Gebiet kennengelernt.

Frankreich ist ein ehemaliger Gegner, Frankreich kennt uns das Land, ringt seit allen Hilfsmitteln der neuen Kriegsführung gegen uns Frankreich bei alles, nur — die deutschen Pferde nicht. Und die entscheiden. Das Kämpfen darf brauchen erfordert das kleinste Fleiß an Kriegerstolz aus jedem einzelnen Krieger. Dieses wird ja nämlich an der Rückfront gezeigt. Schon weiß es es, daß das alte und heilige der gesamten Zeit bei manchen Dabeigekommenen in jenseit, eigentümliche Kriegergeste anstrengt.

Unterstützt war ja uns der Sohn der Romantik von Beethoven. Seine Seele habe hier vom 21. August bis 1. September 1870 die Bayreuth gesehen. Dreimal habe er das Werk des Helden gekannt, ehe er Sterbtag blieben. 1100 Krieger-Soldaten ruhen hier in einem Grabmalreihen nicht von Zwecklosigkeit.

Am ersten Dienstag eines jeden Monats legen berghäuser Tafel.

**Karl Wettering u. Frau geb. Zietzen.**

Beigefügte 25

Zum 2. März 1916 ist wieder leider ehemaliger Sohn, Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

**Wolfgang Wettering**

Seit dem letzten Sommer ist er Soester in Soest, dem Soester und Soestaner der Sohn der Freiheit

## Die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung — veragt.

Die Budgetkommission des Reichstags hat vorige Woche den Etat des Reichsamts des Innern erledigt, nachdem man sich verständigt hatte, die Ernährungsfragen gefördert zu behandeln. Staatssekretär Dr. Delbrück blieb den Verhandlungen über seinen Etat fern — wegen Krankheit, wie Unterstaatssekretär Richter der Kommission mitteilte. Dieser Grund sei plausibel, denn der Staatssekretär hat, als er das leste Mal an den Verhandlungen teilnahm, in der Tat den Eindruck eines starken Mannes gemacht. Mittlerweile teilte die Presse mit, daß eine völlige Umgestaltung der Organisation unserer Lebensmittelversorgung geplant sei — der wirtschaftliche Diktator rückt in greifbare Nähe. Darin lag aber gleichzeitig das Anerkennnis, daß unsere seitherige wirtschaftliche Organisation, die Rechte von Erzeugern und Wirtungen, so gut wie völlig verlagt hat. Man mußte natürlich annehmen, daß das Reichsamt des Innern diesen Veröffentlichungen nicht fernsteht. Um so verblüffender wirkte es, als Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein am Montag der Budgetkommission mitteilte, daß das Reichsamt des Innern keine Ahnung davon habe, wie diese Nachrichten, in denen Wahres mit Falschen vermisch ist, in die Presse kommen sollten. Der Staatssekretär ist plötzlich aus dem Amt geschieden, just in dem Moment, in dem der gegenwärtig wichtigste Teil seines Reisorts in der Budgetkommission zur Verhandlung kommt soll. Alle diese Erscheinungen zusammengekommen gewirkt haben den Eindruck, daß die jetzige Erkrankung des Staatssekretärs, der immer vor den Wünschen der Agrarier zurückgewichen ist, der sich nie zu einem energischen Eingreifen entschließen konnte, doch ein sehr willkommener Vorwand ist.

Aus dem Unterstaatssekretär war trotz aller Mühe, die man sich in der Kommission gab, nicht herauszubringen, welche Pläne die Regierung in der Frage der Lebensmittelversorgung hat. Bestimmte Absichten muß sie doch haben; sie kann doch nicht erwarten, daß der bis jetzt noch unbekannte neue Mann mit einem fertigen großzügigen Programm in der Tasche sein neues Amt antreten wird. Der Unterstaatssekretär hält sich in Schweigen, ja er erhob sogar staatsrechtliche Bedenken dagegen, daß nach einem Antrag Gröber dem Reichstag zum Zwecke der Gegenüberstellung die Absichten der Regierung mitgeteilt werden sollen.

Frhr. v. Stein fußt auf dem Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914, durch das der Reichstag auf sein Mitbestimmungsrecht verzichtet hat. Der heimereit gezeichnete Ernährungsberater, der als einer bei der Beratung der wirtschaftlichen Maßnahmen mitwirkende Vertretung des Reichstages gedacht war, ist zu einer Körperschaft gemacht worden, die von der Regierung lediglich vorläufige Tatsachen gestellt wird. Dieser Zustand stand in der Kommission nur den Beifall der Konseriativen, namentlich des Geschäftsführers des Bundes der Landwirte, Abg. Röder. Dieser Umstand gibt zu denken — der Beirat erscheint als ein Nebel, das man dem Reichstag konzedieren mußte, das aber in der Praxis ausgeschaltet wurde. Das gab schließlich dem Abg. Gröber Anlaß zu der Bemerkung, daß dem Reichstag unter diesen Umständen weiter nichts übrig bleibe, als die dem Bundesrat erteilte Ermächtigung einzuhängen. Die Kommission vertagte daher am Montag die Beratung der Lebensmittelfragen bis zur Ernennung des neuen Staatssekretärs; sie wird am Mittwoch die zweite Sitzung der Kriegsgewinnsteuer vornehmen.

Wir lassen den Bericht über die Sitzung folgen:

Bei Beginn der Sitzung beantragte Abg. Dr. Wendt (Pkt.) die Beratungen zu vertagen, bis der neue Staatssekretär ernannt ist. Diesem Antrag trat Abg. Ebert (Soz.) bei, weil man keine Beschlüsse fassen kann, ohne den künftigen leitenden Mann vor sich zu haben und seine Absichten zu hören. — Unterstaatssekretär v. Stein bestätigte, daß momentan erwogen wird, eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zu schaffen. Bestimmte Angaben können jetzt nicht gemacht werden. — Abg. Gröber (Btr.) stellte daraufhin fest, daß man unter diesen Umständen an eine Beratung der Frage der Organisation in absehbarer Zeit nicht herantreten kann. — Unterstaatssekretär v. Stein wiederholte, daß bei der Regierung momentan noch alles im Fluss ist, so daß keinerlei bestimmte Angaben gemacht werden können. Er bemerkte weiter, daß die Regierung den Mitteilungen der Presse über die künftige Gestaltung der Lebensmittelversorgung völlig fernsteht. Wie solche Nachrichten in die Presse kommen könnten, sei noch nicht ausgelöst. — Abg. Wurm (Soz., Arb.) erklärte eine Ausschaltung des Reichstags darin, daß die Regierung einen Plan aufstellen will, ohne erst den Reichstag zu hören. — Abg. Ebert (Soz.) bedauerte, daß die Regierung nicht einmal den Beirat von ihren Absichten unterrichtet hat. Er empfahl, die Verhandlungen abzubrechen. —

Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß keine Missachtung darüber liegen kann, daß der Beirat nicht informiert wurde. Die Zusicherung, daß man den neuen Plan erst der Kommission unterbreiten wird, kann nicht abgegeben werden. — Abg. Dr. Wendt (Pkt.) bezeichnet es als einen unhaltbaren Zustand, daß der Beirat erst aus der Presse erfahren müßt, welche Absichten die Regierung hat. Und nun stellt sich die Regierung hin und weiß nicht, wie diese Dinge in die Presse gekommen sind. — Abg. Gröber beantragt: „Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß die Regierung den Reichstag baldigst von ihren Absichten Kenntnis gibt, um ihm Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern.“ — Gegen diesen Antrag erhob der Unterstaatssekretär Bedenken. — Abg. Gröber erklärt daraufhin, daß der Reichstag dann das Recht, das er dem Bundesrat im Ermächtigungsgesetz gegeben hat, einsch zurücknehmen muss. Wenn die Regierung den Reichstag ausschalten will, dann muß dagegen schärfstens protestiert werden. Der Reichstag ist jetzt verjammelt und muß seinen Einfluß geltend machen können. — Unterstaatssekretär v. Stein behauptet nun, daß er inzwischen worden sei; er habe nur bedauert, daß die Presse teils falsche Mitteilungen gebracht hat. Der Beirat ist, soweit es möglich war, stets informiert worden. — Abg. Graf Westarp (Kons.) glaubt, daß die Regierung den Wünschen des Reichstags Rechnung tragen wird; ein Recht aber, über Gesetze zu beraten, die dem Bundesrat zur Entscheidung vorbehalten sind, hat der Reichstag nicht. — Abg. Wurm: Der Beirat ist zu einem Neben-Beirat gemacht worden, der in Wirklichkeit zu einer Delegation gemacht wurde. Angriffe auf die Person Delbrück's hätten ihm ferngelegen, aber es ist doch sehr auffallend, daß der Staatssekretär gerade in diesem Monat seinen Abschied nahm. Am 4. August 1914 hat der Reichstag mit dem Ermächtigungsgesetz seine Rechte aus der Hand gegeben. Verhandlungen haben jetzt keinen Zweck; höchstens könnte Präsident Saar einen Vortrag über Spargel und Salata halten. (Große Heiterkeit.) Abg. Ebert stellt fest, daß man in der Kartoffelfrage den Beirat vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Redner fordert die Vorlage von Material über die Verordnungen, die von den einzelnen Bundesstaaten getroffen worden sind. — Abg. Giesberts bedauert ebenfalls, daß man dem Beirat nicht den Einfluß zugestanden hat, der ihm vom Reichstag zugesetzt war. Abg. Dr. Röder verteidigt die Maßnahmen der Regierung in der Kartoffelfrage. Dem Beirat größere Befugnisse zu gewähren, ist nicht tunlich. — Abg. Hoff (Fr. Pkt.): Dann hat der Beirat keinen Zweck. Er war als die Vertretung des Reichstags gedacht, mit dem die Regierung gemeinsam arbeiten sollte. Statt dessen macht man ihm nur Mitteilungen über vollzogene Tatsachen.

Schließlich wurde der oben mitgeteilte Antrag Gröber angenommen; ferner folgender von den Abg. Pileger und Ebert gestellter Antrag: die verbündeten Regierungen zu eruchen, der Kommission möglichst bald genaue Ausstellungen über folgende Fragen zu geben:

1. Größe und Deckung des Bedarfs in den einzelnen Lebensmitteln für Heer und Marine in den einzelnen Monaten seit Kriegsbeginn;
2. Resultate der verschiedenen Erhebungen über Inlandsverräte;
3. gesuchte Ergebnisse der verschiedenen Kriegsgeiselschaften, Umläufe, Vergütungen der Direktoren und Aussichtsratsmitglieder;
4. der Kommission Auskunft zu geben: über die in einzelnen Kreisen, Bezirken und Bundesstaaten bestehenden Ausführungsverbote;
5. über die in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Maßnahmen zur Fleischversorgung;
6. über die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr nach Monaten, Ländern und Gegenständen.

Dann beschloß die Kommission, die Beratungen bis Mittwoch zu vertagen und zunächst die zweite Sitzung der Kriegsgewinnsteuer vorzunehmen.

## Aus dem Gerichtsaal.

**Bestrafter Lebensmittelpeulant.** Das Schwägergericht Stuttgart verurteilte den Salatverschaffebanten Kling wegen fortgesetzter Höchtpreisübersetzung zu einer Geldstrafe von 10 000 Mark und zu einem Monat Gefängnis.

**Der Adventist vor dem Kriegsgericht.** Der Adventistenmissionschef Hofeld stand vor dem Kriegsgericht in Köln unter der Anklage des verdeckten Landesverrats. Er hatte, im Sinne einer bestimmten Adventistengruppe, eine Broschüre „Zeichen der Zeit“ verfaßt, die in 11 000 Exemplaren verbreitet wurde. In ihr wird gesagt, daß es den heiligen Geist widerstrebe, wenn man Menschen töte; dieser Glaubenssatz sei auch vor den zu den Fahneneinberufenen Adventisten unverträglich zu beachten. Hofeld, der seit mehreren Monaten in Haft ist, wurde wegen versuchten Lan-

desverrats zu einem Jahr acht Monaten Festungshaft verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Das Gericht billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, weil er „unter dem Eindruck religiöser Überspannung“ gehandelt habe. Einige Adventisten erhielten als Verbreiter der Broschüre Geldstrafen von 75 bis 100 Mark.

## Aus Nah und Fern.

Wie werden Lieferungsgefäße gemacht? Auch der Anzeigeteil der Zeitungen ist zuweilen lehrreich für den, der öffentliche Verhältnisse kennen lernen will. So finden wir zufällig in Nr. 488 der „Kölner Zeit.“ folgende Anzeige:

Leichte Würzmühle

G. C. 32.

Für Mitte Juni neuer Auftrag gesucht. Wert 100 000 Stück geliefert.

Zivilingenieur Hans Grahn,

Luisenstr. M.-Gladbach.

Warum wohl wird diese Anzeige erlassen? Die Heeresverwaltung braucht diese Würzmühlen, das ergibt sich schon daraus, daß bereits eine erhebliche Anzahl geliefert wurde. Das Werk kann sie liefern, wie sich aus dem Text der Anzeige ergibt. Nichts wäre also natürlicher, als daß sich Zivilingenieur Grahn mit seinem Angebot an die Heeresverwaltung wendet. Er sucht aber den Auftrag durch Zeitungsinserat. Da muß er doch wohl der Ansicht sein, er bekomme den Auftrag nicht direkt, sondern der würde jemand erteilt, der ihn nach Vorwegnahme einer gehörigen „Provision“ weitergebe. Wir möchten die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs für das Reichsamt auf die Methode lenken, die nicht geeignet ist, dem Reich zu nützen.

**Drei Personen ertrunken.** In Syke im Regierungsbezirk Düsseldorf ertranken ein mit fünf Personen besetzter Fischerkahn. Drei Personen sind ertrunken.

**Mord.** In der zehnjährigen Tochter des Kaufmannes Heyder in Lennep wurde von dem 16jährigen Knecht Müller ein Mord verübt. Der Mörder wurde verhaftet.

**Der Haushalt eines Milliardärlings.** Wie man sich erinnert, hat im Untergang der „Titanic“ auch der „Colonel“ John Jacob Astor, der bekannte Milliardär, sein Ende gefunden. In seinem letzten Willen hatte er für seinen damals zu erwartenden Erben den Betrag von 12 Millionen Mark ausgestellt, wovon jährlich aus einem Zinsvertrag von über 550 000 Mark zu rechnen war. Die Gerichtsstelle aber, in deren Händen die Verwaltung des Vermögens des Waisen gelegt wurde, traf die Bestimmung, daß der Witwe Astors jährlich für ihren und ihres Sohnes Unterhalt „nur“ 80 000 Mark auszuzahlen seien, während der Rest geipart und im Interesse des Kindes dem Vermögen hinzugefügt werden sollte. Jetzt hat nun Frau Astor beim Gericht die Rechnungen über ihren Verbrauch seit der Geburt des Kindes im August 1912 bis zum Januar 1915 eingereicht. Danach hat in dieser Zeit der Unterhalt des Milliardärsohns den Betrag von über 250 000 Mark bereits erfordert. In Wohnungsmiete für den kleinen Astor hat die Mutter den tatsächlichen Betrag von 84 000 Mark zu zahlen gehabt, während die gesamte Führung seines Haushalts in der gesuchten Zeit nicht unter 120 000 Mark zu betreiten war. Das sind nun bloß die Kosten für den kleinen; Frau Astor selbst hat für sich in derselben Zeit 408 000 Mark verbraucht, so daß ihre Ausgaben für sich und ihren Sohn vom August 1912 bis zum Januar 1915 sich im ganzen auf rund 600 000 Mark belaufen haben. Da sie für diese Zeit vom Gerichte noch nicht ganz 240 000 Mark angemessen erhalten, so ergibt sich eine sehr erhebliche Spannung zwischen dem Verbrauche, den sie für sich und ihren Sohn für unerlässlich hält und dem, was das Gericht ihr zu diesem Zweck billigt. Sie hat nun bei letzterem den Antrag gestellt, daß die ihr zur Verfügung stehende Summe wesentlich erhöht werde, um so in die Lage versetzt zu sein, sich und das Milliardärskind „standesgemäß“ zu erhalten. Ganz späthatt ist übrigens in den Rechnungen der Frau Astor der Posten, wonach sie in dem gedachten Zeitraume nicht weniger als 32 000 Mark für Wohnung und Kleidung des Milliardärlings in 2½ Jahren nur 20 000 Mark erfordert.

**Vier russische Mörder verhaftet.** Die vier russischen Kriegsgefangenen, die vor einigen Tagen zwischen Jafobsbogen und Jafobsdorf auf ihrer Flucht aus einem Gefangenensegler den Stellmacher Joeds aus Jafobsdorf so schwer verletzt, daß er bald darauf starb, sind festgenommen worden. Sie hatten sich in zwei Gruppen geteilt und suchten nach Russland zu gelangen. Zwei der Flüchtlinge wurden bei Deutsch-Krone, die beiden anderen an der russisch-polnischen Grenze ergreift und sämtlich nach Stargard in das Gefängnis gebracht.

Es war als atme der Mönch leichter auf, wie ein Flüchtlings, der drei Schritte von einem Aas wieder aufschaut: „Darin ist Leben.“

„Stahl oder Magnet?“

Der Mönch hauchte leise die Luft ein: „Es ist rohes Eisen von Rost überzogen.“

„Wie erklärt du den Prozeß des Rostens?“ Ich es ein Wurm, ein Moos oder ein Giftpilz?“

„Klarum, ich bin kein Gelehrter; ich ahne, ich fühle nur und lebe.“

„Doch eine Deutung mußt du fühlen; ahnen, warum die Natur es zuläßt, daß dies festste, gediegene Metall, das die Welt sich unterwarf gemacht, und die Böker wie ein Tyrann beherrsch, warum es vom elenden, gefalstlosen Weinen, von einem Ding, was selbst nur Schmutz und Staub ist, zerissen und verheit wird?“

„Das es uns erinnere, wie das Festste auf der Erde und das Höchste unter dem Himmel nicht fest ist und nicht hoch ist, vor dem Himmel und Erde gemacht hat; daß er das Schlechte und Gemeiste schlägt, um das Beste und Gewaltigste zu vernichten; auch den Reichsapfel freuen Würmer, auch das Schwert des Kaisers der Römer uns zu mahnen in unserer Herrlichkeit und Schönheit, daß wir aus Kot und Staub gefeuert sind und Kot und Staub wieder werden, und nichts Bestand hat als Christus und seine Kirche.“

Joachim hatte ihm mit Aufmerksamkeit zugehört. Das war Trittheims Deutung des Rostes. Was konnte der Landsberger Mönch von dem wissen, was der gelehrte Abt in Stunden der Arbeit und Weise seinem Jägling erzählt? Er würde jetzt dem Mönch, der bis dahin auf den Knieen gelegen, aufzustehen, und schritt an die Tür, die er öffnete und dann verschloß. Nun sah er ihn schrei ins Auge: „Mönch, du weißt mehr, als ein Lauscher entdeckt, doch ist deine Prüfung noch nicht zu Ende. Schau nach an mit zugeschlossenem Auge. Was arbeitet in dieser Stube? Einem Fürsten durchkreuzen tausend Gedanken; welcher ist es, der wie ein Schlaglicht alle andern verdunkelt?“

Das Zittern des Mönches ging wieder an: „Erkläre mir die Antwort.“

„Kein.“

„Deine Sorgen sind manigfaltig, die Sorgen um die Kirche.“

„Dazu braucht es nicht der Schergabe.“

„Herr! — Herr! — es laucht ein Kind an der Tür der Mutter. Um der Alsbarmherzigen willen los mich nicht tiefer blicken — in die Geheimnisse deines Hauses.“

(Fortsetzung folgt)

## Der Werwolf.

von Wilibald Alegis (W. Höring).

„Schriftzug.“

Es schien allerdings auffällig, daß trotz Joachims lautem Ruf kein Kämmerer und keine Wache hereingefürt war. Er konnte sich aber selbst den Grund dafür sagen in dem erzielten Befehl, daß seine Diener allzeit fern von den Türen sich hielten, damit kein Lauscherohr weder seine Heimlichkeiten mit den Männern, noch mit seinen Astronomen — vielleicht auch noch mit andern — belauschen sollte. Der Blick des Mönches schien anzudeuten, daß dieser Befehl schon manchesmal überübertreten worden.

Ein solch Gewürm, selbst an meinen Sohlen mag ich's nicht. — Du bist es, der in Landsberg — die Scham vor mir zu ersehen, müßte dich in den Boden versenken machen, wenn ein Elender, wie du, für das heiligste Gefühl der Menschenbrüder empfänglich wäre.“

„Der Rost fräß das Eisen.“ jagte der Mönch.

Die ruhig und wie aus festem Hinterhalt hervorgeleuderten Worte schienen den Kurfürsten einen Augenblick stutzig zu machen. In seinen physischen Studien hatte er eine besondere Aufmerksamkeit dem Rost gewidmet, ohne daß weber sein gelehrter Meister Trittheim aus der Wissenschaft, noch er aus der Heiligen Schrift die Errscheinung sich recht erklären könnten. Die Bekreidung ging schnell vorüber. Der Mönch konnte ja durch andere von seinen Studien gehört haben.

„Du sollst nicht der Rost sein, der an meinem Stabie nagt. Ich gebe dir die Erlaubnis hinauszutreten, damit dein elendes Dasein um so viel Augenblide verlängert wird, bis dich die Wache dem Büttel überliefern. Benutze sie zur Reue.“

„Du wirst mich nicht töten lassen.“

„Warum?“

„Weil du das Urteil im Zorne sprachst.“

„Zorn gegen dich? Allerheiligste Jungfrau. — Ich sprach's in der tiefsten Verachtung; unwillig nur deshalb, weil — meine Kugeln über solches Geschmeiz richten mußte. Das gehört für andere.“

„Du wirst mich nicht hängen lassen, weil ich Gottes Abgesandter bin.“

„In einer Stunde steht du vor ihm.“

„Der mich in dieser Stunde zu dir schickt, dich zu retten.“

„Was heißt, König, was soll's?“

„Preise die Hand dessen Joachim von Brandenburg, der die Hand deiner unschuldigen Tochter mich ergreift und in dieses Zimmer reißen will; preise ihn, daß er mit Gerechtigkeit und Blende-

als ich wieder hinaus wollte und mich versteckte; nicht weil ich dich behorcht mit deinen Räten, das war ein Geheimnis, was jeder lesen konnte. Wer aber hätte jetzt deinen Arm ausgehalten, da du an die Glöde reißen wolltest als der Wurm, der da in Unzertreten willst.“

„Was wollte ich?“

„Den Blutbefehl gegen die Empörer zurückzunehmen, weil in einem lärmenden Augenblick dein menschlich Gefühl über dein Pfühliger Gefühl als Schirmherr der Kirche stürzte. Du wolltest dir ein unangenehmes Gefühl sparen, wolltest deine Hände rein waschen von Menschenblut und vergaßt darüber, daß du für dieses eine vorübergehende Unbehagen, was nur dich traf, dein Volk, die Kirche, die heilige Religion in unabwendbar Unbehagen und Schaden gefürchtet. Gott wollte nicht, daß du zu spät deinen Fehltritt bereuen solltest; es war, wenn auch diese

